

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen**

Die Strategie des Gender Mainstreaming ist mit dem im Mai 1999 in Kraft getretenen Amsterdamer Vertrag hochrangiges politisches Ziel der Europäischen Union und integraler Bestandteil europäischer Politik.

Gender Mainstreaming besteht darin, politische Entscheidungsprozesse so zu organisieren und zu gestalten, dass alle Beteiligten in allen Bereichen und auf allen Ebenen den Blickwinkel der Gleichstellung von Frauen und Männern einnehmen, also bei der Planung, der Durchführung, der Begleitung und Bewertung von Programmen und Maßnahmen. Dabei sind nicht nur die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Geschlechter zu bewerten. Darüberhinaus begreift eine solche Politik Frauen und Männer nicht jeweils nur als homogene Gruppen, sondern trägt auch der Tatsache Rechnung, dass innerhalb dieser Gruppen vielfältige Lebenssituationen und unterschiedliche Bedürfnisse bestehen.

Dabei ersetzt Gender Mainstreaming keinesfalls Maßnahmen zur gezielten Frauenförderung, sondern ergänzt diese.

Der Einstieg, Gender Mainstreaming verbindlich als Prinzip zu verankern, gelang durch die Vorgaben der EU bei der Neugestaltung der Arbeitsmarktpolitik, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert wird. Danach sind die Akteurinnen und Akteure verpflichtet, ihre Arbeitsmarktkonzepte so zu gestalten, dass Diskriminierungen von Frauen vermieden und die Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch gleichberechtigte Beteiligung an den Programmen gestärkt wird.

In der Verpflichtung zur Umsetzung des Gender Mainstreaming, die sich die Europäische Union auferlegt hat, stehen aber nicht nur Bund, Länder und Gemeinden. Auch die Bürgerschaft (Landtag) beabsichtigt, bei der fachlichen Arbeit ihrer Ausschüsse und Deputationen verstärkt das Prinzip des Gender Mainstreaming anzuwenden und zu prüfen, inwieweit die jeweiligen Handlungsfelder für die Verwirklichung der Chancengleichheit und zum Abbau mittelbarer Diskriminierungen genutzt werden können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, an die bisherigen Erfolge mit der Querschnittsaufgabe „Gleichstellungspolitik“ anknüpfend Gender Mainstreaming künftig in allen Politikfeldern zu verankern und gezielt umzusetzen.

Dieser Prozess soll insbesondere durch folgende Einzelmaßnahmen begleitet werden:

- Führungskräfte der Ressorts sollen im Sinne einer „top-down-Strategie“ noch stärker als bisher für Gleichstellungsfragen und Fragen der mittelbaren Diskriminierung sensibilisiert werden. Fortbildungen sollen sie motivieren und befähigen, ihre gleichstellungspolitischen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen, zu nutzen, zu erweitern und das Prinzip Gender Mainstreaming in ihrem Verantwortungsbereich anzuwenden.

Entsprechende Angebote sind in den Fortbildungseinrichtungen des Landes aber auch für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorzuhalten. Denn Voraussetzung für ein qualifiziertes Beurteilungsvermögen der ge-

schlechtsspezifischen Auswirkungen von politischen Maßnahmen ist die Entwicklung von Gendersensibilität und Genderkompetenz bei allen Beteiligten.

- Zur Identifizierung von Handlungsbedarfen, aber auch zur Beurteilung von Entwicklungen und Erfolgen bei der Umsetzung des Gender Mainstreaming soll bei den in der Zuständigkeit des Landes geführten Statistiken, im Berichtswesen und bei Evaluationen soweit möglich eine geschlechterdifferenzierte Erhebung, Auswertung und Veröffentlichung von Daten erfolgen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, für die Praktikabilität und Umsetzung klare Verantwortlichkeiten und Kompetenzen in den einzelnen Ressorts festzulegen. Außerdem sollen Indikatoren und Prüfinstrumente entwickelt werden, die die Umsetzung des Gender Mainstreaming deutlich machen und gegebenenfalls eine Weiterentwicklung ermöglichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr zum Oktober 2001 einen Bericht vorzulegen über den Stand der Umsetzung dieses Vorhabens insgesamt sowie der Einzelmaßnahmen. Auch über die Erfolge der aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanzierten Arbeitsmarktpolitik, die nach den Vorgaben der EU neugestaltet wurde, soll berichtet werden.

Doris Hoch,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen